



Bundesministerium  
des Innern



Freiheit  
Einheit  
Demokratie

POSTANSCHRIFT Bundesministerium des Innern, 11014 Berlin

An den  
Präsidenten  
des Deutschen Bundestages  
– Parlamentssekretariat –  
Reichstagsgebäude  
11011 Berlin

HAUSANSCHRIFT Alt-Moabit 101 D, 10559 Berlin

POSTANSCHRIFT 11014 Berlin

TEL +49 (0)30 18 681-1117

FAX +49 (0)30 18 681-1019

INTERNET [www.bmi.bund.de](http://www.bmi.bund.de)

DATUM 13. Mai 2009

BETREFF **Kleine Anfrage des Abgeordneten Manuel Sarrazin u. a. und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Rechtsextreme in der Europäischen Union und die Wahlen zum Europäischen Parlament 2009  
BT-Drucksache 16/12806**

Auf die Kleine Anfrage übersende ich namens der Bundesregierung die beigelegte Antwort in  
5-facher Ausfertigung.

In Vertretung

Peter Altmaier

Kleine Anfrage des Abgeordneten Manuel Sarrazin u. a. und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Rechtsextreme in der Europäischen Union und die Wahlen zum Europäischen Parlament

BT-Drucksache 16 / 12806

---

Antworten:

Zu 1.

Seit der Auflösung der EP-Fraktion „Identität-Tradition-Souveränität“ (ITS) im Januar 2008 bestehen auf euro-parlamentarischer Ebene keine politisch handlungsfähigen Zusammenschlüsse von Rechtsextremisten mehr.

Dies schließt jedoch nicht aus, dass es auch weiterhin zu einem themenspezifischen Zusammenwirken von Rechtsextremisten über die jeweilige Landesgrenze hinaus kommen kann.

Zu Einzelfragen der Zusammenarbeit berichtet die Bundesregierung in den dafür zuständigen parlamentarischen Gremien.

Zu 2. und 3.

Die Bundesregierung verfolgt jede Form von Rechtsextremismus, so auch entsprechende internationale Tendenzen deutscher Rechtsextremisten und damit möglicher Weise einhergehende Folgen für die europäische Integration, mit großer Aufmerksamkeit und der gebotenen Konsequenz.

Zu 4.

Auf die Antwort zu Frage 1 wird verwiesen.

Zu 5.

Im Rahmen der gesetzlichen Aufgabenstellung findet eine enge Kooperation mit ausländischen Sicherheitsbehörden statt.

Im Bereich der justiziellen strafrechtlichen Zusammenarbeit wurde auf Ebene der Europäischen Union in den letzten Jahren eine Reihe von Rechtsinstrumentarien erarbeitet, die auf eine Stärkung der internationalen Kriminalitätsbekämpfung abzielen und die auch zu einer effektiven grenzüberschreitenden Bekämpfung von Rechtsextremismus beitragen.

Zu 6. und 7.

In den Sozialwissenschaften und in der politischen Bildung wird seit Jahren über Milieuzusammenhänge und Verbindungen von Indikatoren wie Bildungsferne, Politikdistanz und Wahlenthaltung mit der Sozialstruktur rechtsextremer Wähler/innen und Parteianhängerschaften diskutiert. Die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) hat es sich in jüngster Zeit speziell zur Aufgabe gemacht, gezielt bildungsferne Milieus anzusprechen und hat zudem 2008 einen gesonderten Fachbereich zum politischen Extremismus, insbesondere Rechtstextremismus, eingerichtet. Beide Zielgruppen und deren mögliche Verbindungen sind daher in der Arbeit der bpb institutionell verankert und wirken auf die Diskussionen über die Ausrichtung konkreter Produkte auch zu den Europawahlen 2009 ein.

Zu 8.

Im Kontext von Wahlen 2009 und damit auch zu den Europawahlen am 7. Juni 2009 verfolgt die bpb wie auch bei den zurückliegenden Wahlen zwei Ziele:  
Aktivierung und Stärkung der Wahlbereitschaft generell und insbesondere bei jüngeren Wählerschichten

Unterstützung des Meinungsbildungsprozesses bei allen Wahlberechtigten durch ausgewogene Informationen über Themen, Programme und Akteure.

In Vorbereitung der Europawahl werden hier insbesondere angeboten der Wahl-O-Mat, das VoteMatch Europe sowie ein Online-Dossier zur Europawahl.

Zu 9.

Die bpb hat, wie auch in den vergangenen Jahren, zum EU-Projekttag 2009 ein Paket für Schulen zusammengestellt, in dem grundlegende Darstellungen zur EU und ihren Mitgliedsstaaten, aktuelle Analysen vor dem Hintergrund von Integrationsproblemen sowie Unterrichtsmaterialien und Arbeitsunterlagen enthalten sind.

Darüber hinaus bietet die bpb kontinuierlich umfassende Informationen zu Themen des politischen Extremismus und hier speziell des Rechtstextremismus an. Exemplarisch sei hier auf das entsprechende Online-Dossier auf [bpb.de](http://bpb.de) verwiesen.

Zu 10. bis 12.

Hinsichtlich der NPD bleibt es bei der im Rahmen des „Deutschlandpakts“ geschlossenen Vereinbarung, auf eine Teilnahme an der Europawahl verzichten.

Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen.

Zu 13. bis 15.

Hierzu wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen.

Zu 16.

Die „Ungarische Garde“ wurde im Dezember 2008 gerichtlich verboten. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen.

Zu 17. und 18.

Hierzu wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen.

Zu 19.

Die NPD unterhält über ihre Bundesgeschäftsstelle Kontakte auch zu ausländischen rechtsextremistischen Organisationen. In der Regel beschränken sich diese Kontakte auf den Informations- und Materialaustausch. In Ausnahmefällen kann es dabei auch zu persönlichen Zusammenkünften kommen. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen.